

Heute in unser Serie

Gute Pläne – leider für den Papierkorb

Warum die Landespolitik wertvolle Vorschläge zur Gebietsreform torpediert

Seite 4

SOZIALES

Experte der TU Berlin hält Gesundheitsversorgung teilweise für „eine Schande“

Immer höhere Kosten, aber schlechtere Versorgung: Der Gesundheitsökonom Professor Reinhard Busse von der TU Berlin hat im Landtag ein düsteres Bild der deutschen Krankenhauslandschaft gezeichnet. „Die Krankenhaussituation ist dramatisch, es muss etwas passieren. Die Medizin ist nicht mehr wie im letzten Jahrhundert, aber die Krankenhäuser sind es noch“, sagte Busse als Gast der Enquete-Kommission zur medizinischen Versorgung am Montag in Hannover. Deutschland hält er generell für überversorgt. In Niedersachsen gebe es in den Kliniken 21,4 stationäre Fälle pro 100 Einwohner. Das sei verglichen mit anderen Bundesländern zwar eher wenig, im Vergleich zu den EU-Ländern aber sehr viel. Deutschland sei das einzige Land, in dem die Zahl der Krankenhaussfälle nach oben gingen. Dabei stiegen die Fallzahlen regional sehr unterschiedlich. Eine unerklärliche Steigerung der Krankenhaussfälle gebe es beispielsweise im Weser-Ems-Gebiet und im Kreis Lüneburg. Im Kreis Holzminden sei die Fallzahl dagegen zuletzt gesunken. Insgesamt gebe es „unangemessen viele Patienten“, die keine stationäre Behandlungen benötigten. Das führe wiederum zu einer niedrigen Personalzahl pro Patient, obwohl es insgesamt viele Ärzte und viel Pflegepersonal in Deutschland gebe. „Wir verdünnen das nur, weil es so viele Patienten in den Krankenhäusern gibt, die auch noch lange da sind.“

Die hohen Fallzahlen liegen Busse zufolge auch an der Krankenhausfinanzierung in Deutschland. „Wir zahlen Krankenhäuser dafür, dass sie ihre Betten füllen, und dann füllen sie ihre Betten auch. Wo

andere drei Betten haben, haben wir fünf.“ Deutschland habe 65 Prozent mehr Betten als andere EU-Länder. Das sei nicht immer so gewesen. Viele EU-Länder hätten in den 80er Jahren noch ähnliche Krankenhausstrukturen gehabt, ihre Bettenzahl aber in den vergangenen Jahrzehnten halbiert. „Trotzdem sterben die Leute in den anderen Ländern auch nicht auf der Straße“, provozierte Busse. Mehr Betten und eine teurere Versorgung führen dem Gesundheitsökonomem zufolge aber nicht zu einer besseren Behandlung. Im Gegenteil: Deutschland falle im Vergleich zu den EU-Nachbarn immer weiter zurück. Bei vermeidbaren Sterbefällen gingen in Deutschland die Zahlen nach oben. „Wir sind schlechter als Frankreich, Dänemark oder die Schweiz - Länder, mit denen wir uns gerne vergleichen würden.“ Das liege auch daran, dass viele Patienten in x-beliebigen Kliniken behandelt würden. Als Beispiel nannte er die Behandlung von Patienten mit Pankreas-Karzinom, der tödlichsten Krebserkrankung. Hier würden nur 16 Prozent der Patienten in spezialisierten Zentren behandelt. „Das ist eine Schande“, sagte Busse. In Deutschland gebe es auch mehr Todesfälle nach einem Herzinfarkt. In Niedersachsen hätten 39 Prozent der Krankenhäuser nicht einmal einen Computertomographen.



Wir zahlen Krankenhäuser dafür, dass sie ihre Betten füllen, und dann füllen sie ihre Betten auch.

Als Vorbild nannte Busse immer wieder Dänemark, wo viele kleine Kliniken geschlossen wurden. Das Land setzt auf 18 „Superkrankenhäuser“, die bis 2023 alle gebaut sein sollen und in die Milliarden investiert werden, um sie auf den technisch neuesten Stand zu bringen. „Wir können nicht jedem Bürger in jedem Dorf versprechen, dass die Medizinische Hochschule um die Ecke ist. Kleine Krankenhäuser müssen weg, es hilft nichts“, meinte Busse. Das wollte Verbandsdirektor Heiko Engelke von der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft so nicht stehen lassen. Wer Dänemark als Vorbild nenne, müsse auch dazu sagen, dass es in Dänemark planwirtschaftliche Staatsmedizin, eine Einschränkung der freien Arztwahl, lange Wartelisten für Patienten und Enteignungen gebe. „Für uns würde das auch bedeuten: Wir schaffen die Landkreise sowie die Kassenärztliche Vereinigung ab und enteignen Krankenhausträger.“ Professor Hubert Meyer, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags, zeigte sich „überrascht über die Radikalität und Monokausalität“ von Busses Argumentation. Sie verlaufe zu stark nach dem Muster „Betten weg, Problem weg“.

Die Probleme der Gesundheitsversorgung werden die Enquetekommission derweil länger als ursprünglich geplant beschäftigen. Gestern verständigte sich das Gremium darauf, bis Mitte nächsten Jahres zu tagen. Im Spätsommer soll mit den Beratungen über die ambulante Versorgung begonnen werden. Ursprünglich war vorgesehen, dem Landtag bis zum Jahresende Vorschläge zu unterbreiten.

Hören Sie auch:

[SPD-Sozialexperte spricht Pflege-Klartext](#)

Schnellere Baugenehmigungen? Althusmann pocht auf „Clearingstelle“ noch 2019

Wie können die oftmals langwierigen und komplizierten Genehmigungsverfahren einfacher werden? Nachdem kürzlich Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) einige Vorschläge in einer Pressekonferenz mitgeteilt hatte, auf die der zuständige Umwelt- und Bauminister Olaf Lies (SPD) eher reserviert antwortete, spießte die FDP das Thema jetzt in einer Fragestunde des Landtags auf. „Zieht die Koalition an einem Strick – und, wenn ja, auch in die gleiche Richtung?“ wollten die Freien Demokraten wissen und wurden dafür leicht ironisch. Auslöser war Althusmanns Vorschlag einer „Genehmigungsfiktion“ bei Baubehörden: Wenn eine Baugenehmigung innerhalb von drei Monaten von der Behörde noch nicht erteilt worden sei, solle der entsprechende Antrag als „angenommen“ gelten. Umgehend reagierten die Kommunalverbände kritisch auf diese Idee, ebenfalls das Bau- und Umweltministerium – denn komplizierte Bauanträge, in denen es um Brandschutz und andere rechtliche Auflagen gehe, könnten bis zur behördlichen Billigung einen längeren Prüfungszeitraum erforderlich machen. Sorgfalt müsse vor Eile gehen.



Mit den Methoden der neunziger Jahre kann man kaum die Probleme der Zukunft lösen.

Der FDP-Politiker Jörg Bode nannte diesen Vorschlag einer Drei-Monate-Frist „nicht überzeugend“: „Es wird dann der Effekt eintreten, dass kurz vor Ablauf von drei Monaten in den Bauverwaltungen eine Hektik ausbricht und Gründe gesucht werden, warum weitere Unterlagen vom Antragsteller angefordert werden sollen – um damit wiederum eine Verlängerung um weitere drei Monate zu begründen“, sagte Bode. Aus seiner Sicht sei ein anderer Weg klüger: Die Baubehörden sollten gezwungen werden, innerhalb einer Woche die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen zu prüfen – damit rasch mögliche weitere Dokumente angefordert werden können. In ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl hatte die FDP allerdings darüber hinaus auch für „Normalverfahren“ – ähnlich wie Althusmann – eine Frist vorgeschlagen. Binnen zwei Monaten nach Einreichung der Unterlagen müsse die Behörde reagieren. Tue sie es nicht, gelte der Antrag als genehmigt. „Normalverfahren“ heißt hier allerdings, dass nicht sämtliche Bauanträge gemeint sind, sondern jene, die von Umfang und Komplexität nicht wesentlich von den üblichen abweichen.

Althusmann erklärte, die verschiedenen Genehmigungsverfahren für Bauanträge, für Verkehrsvorhaben oder große Infrastruktur-Vorhaben hätten verschiedene Mängel. Es sei durchaus möglich, viele Teile der umfangreichen bürokratischen Regeln zu vereinfachen, in diese Richtung argumentierten auch namhafte Architekten. Bei Abstandsregeln oder Vorgaben für Auto-Stellplätze könne man auch einiges vereinfachen. Wenn es erst möglich werde, einen Großteil der Anträge digital abzuwickeln, würden Kapazitäten in den Bauämtern frei werden – sie könnten dann für eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren eingesetzt werden. Die CDU-Abgeordnete Mareike Wulf sagte, beispielsweise in der Stadt Hannover sei die Bauantragstellung sehr kompliziert und immer noch sehr analog: Die Unterlagen müssten schriftlich in fünffacher Ausfertigung eingereicht werden. Erste Versuche in Deutschland, die Vorgänge zu digitalisieren, stießen auf Hindernisse – man brauche einen elektronischen Personalausweis, den viele nicht hätten, oder eine Signaturkarte mit Lesegerät, und diese Geräte funktionierten oft nicht. „Mit den Methoden der neunziger Jahre kann man kaum die Probleme der Zukunft lösen“, meinte Wulf.

Der Wirtschaftsminister betonte, er wünsche sich noch in diesem Jahr den Aufbau einer „unabhängigen Clearingstelle“, die Vorschläge zur Entschlackung der Bürokratie unterbreite. Darüber müsse aber „das Kabinett noch beraten“. Auch die Neufassung der Niedersächsischen Bauordnung gehöre dazu, hier seien noch viele Verfahren „sehr lang“, das Problem sei auch „eine unterschiedlich strenge Auslegung der Vorschrift in vielen Kommunen“. Bauminister Olaf Lies (SPD) meinte, Probleme zeigten sich auch bei komplexen Genehmigungsverfahren, etwa im Gewerbeaufsichtsrecht. Dort sei es beispielsweise ein Problem, dass zu Beginn in den Antragskonferenzen nicht alle Behörden vertreten sind – was dann spätere Genehmigungen wesentlich hinauszögern könne.

Hören Sie auch:

[Ministerien haben keinen Überblick mehr über die selbst geschaffene Bürokratie](#)

SERIE

Ein Modell für die Reform der Verwaltung? Seit 2013 liegt ein Konzept vor, aber es passiert nichts

Brauchen wir vergrößerte Kreise, wenn wir uns künftig noch überall gutes Fachpersonal leisten wollen? Der Rundblick bereitet das Thema in einer Serie auf. Heute der zweite Teil: Warum gute Pläne nicht umgesetzt werden.

Wenn die Vorhersage eingetroffen wäre, hätten wir jetzt schon eine neue Landkarte in Niedersachsen – eine mit zukunftsfesten kommunalen Einheiten. Denn es war ein Sommertag im Juli 2010, an dem der von der Landesregierung bestellte Gutachter eine klare Prognose verkündete: „Spätestens in vier Jahren wird gehandelt werden müssen.“ Kein geringerer als der bundesweit anerkannte Verwaltungswissenschaftler Prof. Joachim Jens Hesse aus Berlin sprach diese Worte aus. Zuvor hatte er im Auftrag der Landesregierung ein Gutachten geschrieben, 435 Seiten stark, in dem er die Größe und Leistungsfähigkeit des Verwaltungsaufbaus unter die Lupe genommen hatte. Das Ergebnis des Wissenschaftlers war eindeutig: 20 Landkreise seien „stabilisierungsbedürftig“, etliche davon würden auf Dauer ihre Lebensfähigkeit einbüßen. Zusammenschlüsse seien die nötige Folge, und dies solle geplant und mit Augenmaß geschehen. Die Entwicklung, so Hesses Schlussfolgerung, lasse sich über längere Zeit nicht mehr aufhalten.

Die größeren Kreise dürften im Vorteil sein

Als die vier Jahre vorüber waren, Mitte 2014, hatte sich bis auf eine Ausnahme, die Fusion der Kreise Göttingen und Osterode, nichts getan. Das ist nun wieder fünf Jahre her, und Niedersachsen gliedert sich immer noch in 37 Landkreise und acht kreisfreie Städte. Große Kreise mit vielen Einwohner und reichlich Fläche sind darunter, so etwa die Region Hannover, der Kreis Emsland und der Kreis Osnabrück, aber auch viele Mini-Kreise, die dünn besiedelt (Lüchow-Dannenberg) oder mit kleiner Fläche versehen sind (Holzminden, Wittmund). Prof. Hesse kann man nach dem Fehlschlag seiner Vorhersage nicht mehr befragen, er ist Anfang 2018 gestorben. Wenige Wochen vor seinem Tod beschloss die neue SPD/CDU-geführte Landesregierung zwar, in einer Kommission die Struktur und Arbeitsweise der Landes- und Kommunalverwaltung zu überprüfen. Sogar Ergebnisse „bis Mitte 2019“ peilte der Koalitionsvertrag an – der Termin wäre nun in wenigen Wochen. Aber nach Vertragsabschluss im Herbst 2017 geschah erst einmal nichts. Die Landesregierung wirkt bis heute nicht so, als spürte sie Handlungsdruck. Bisher ging es allen ja auch recht gut. Sogar solche Kreise, die früher mit Finanzproblemen zu kämpfen hatten, profitierten deutlich von der über Jahre spürbaren Fülle in allen staatlichen und kommunalen Kassen.

Viel spricht dafür, dass sich die Rahmenbedingungen drastisch ändern, der Handlungsdruck für die Politik dann also schlagartig größer wird. Wenn die Steuerquellen versiegen, werden die Kreise in strukturschwachen Gegenden besonders darunter leiden. Wenn der Konkurrenzkampf um qualifiziertes Personal immer härter wird, werden die kleinen Kommunalverwaltungen kaum mit lukrativen Angeboten locken können. Die größeren dürften dann im Vorteil sein. Und wenn die Digitalisierung immer mehr Wege aufzeigt, Verwaltungstätigkeiten computergestützt oder automatisiert abzuwickeln, werden die herkömmlichen Behördenaufbauten grundsätzlich in Frage gestellt. Die Sinn-Frage für kleine Verwaltungen wie ein Kreishaus in Holzminden, Wittmund oder Lüchow dürfte sich dann noch stärker als heute stellen.

Der Gutachter Hesse hat darauf eine Antwort. Er kommt zu dem Schluss, dass eine „interkommunale Zusammenarbeit“ auf Dauer keine Lösung ist. Wenn ein Kreis-Kämmerer nebenher sich auch um die

Finanzen des benachbarten Landkreises kümmert, kann das so lange gut gehen, wie die Interessen seines eigenen Kreises nicht gegen die des von ihm mitbetreuten Kreises stehen. Kommt es aber doch zu Interessenskonflikten, so muss von jedem Kreisbediensteten erwartet werden, zuerst an die Belange seines Arbeitgebers zu denken. So schlicht wie überzeugend diese Logik ist, so überzeugend ist sie ein Argument für die Fusion von Landkreisen – sofern jeder Kreis nach wie vor den Anspruch erhebt, seine wichtigsten Angelegenheiten selbst zu erledigen, also „kommunale Selbstverwaltung“ nicht nur zu propagieren, sondern auch zu leben. Hesse empfahl mehrere Fusionen: Erstens Aurich, Leer und Emden, zweitens Wittmund, Friesland Wilhelmshaven und Wesermarsch, drittens Cuxhaven und Osterholz, viertens Rotenburg und Verden, fünftens Stade und Harburg, sechstens Lüneburg, Uelzen und Lüchow-Dannenberg, siebtens Emsland und Grafschaft Bentheim, achtens Cloppenburg und Vechta, neuntens Stadt und Kreis Osnabrück, zehntens Diepholz und Nienburg, elftens Schaumburg, Hameln-Pyrmont und Holzminden, elftens Northeim, Göttingen und Osterode, zwölfte Goslar, Salzgitter und Wolfenbüttel, dreizehtens Peine und Hildesheim, vierzehntens Heidekreis und Celle, fünfzehntens Ammerland, Kreis Oldenburg und Delmenhorst, sowie sechzehntens Gifhorn, Wolfsburg und Helmstedt. In diesem Konzept bliebe die Region Hannover unverändert, die Städte Braunschweig und Oldenburg blieben kreisfrei.

Hesse-Gutachten sollte den Weg ebnen

Warum aber will eine Entwicklung in diese Richtung (mit der einen Ausnahme in Göttingen und Osterode) nicht vorankommen? Das Weber-Gutachten von 1969 war stark von effektiver Verwaltung geprägt, damals wurde die Mindestgröße von 150.000 für jeden Kreis angepeilt. Dass fast 20 Kreise unter dieser Grenze blieben, wurde schon seinerzeit hingenommen. Nachhaltig hält sich in der Landespolitik die Legende, dass es die Verärgerung viele Kommunalpolitiker über die Ruppigkeit der Landesregierung in den siebziger Jahren gewesen sei, mit der die damalige Kreisreform verwirklicht wurde, die 1976 aus den Reihen der SPD und FDP zu einem „Racheakt“ geführt habe: Damals verloren die SPD-Kandidaten Helmut Kasimier und Karl Ravens in geheimer Wahl im Landtag, der CDU-Bewerber Ernst Albrecht wurde dank Überläufern neuer Regierungschef. Seither meiden die verantwortlichen Landespolitiker das Thema Gebietsreform wie der Teufel das Weihwasser.

In den Regierungszeiten von Ernst Albrecht (1976 bis 1990) und Gerhard Schröder (1990 bis 1998) tat sich an dieser Stelle nichts. Eine Kreisreform lag nahe, nachdem unter Christian Wulff (2003 bis 2010) die Bezirksregierungen abgeschafft wurden. Laboriert wurde an der Zukunft des Kreises Lüchow-Dannenberg, jedoch ohne Resultat. Druck entfaltete sich in der Region Braunschweig, doch lokale Vorstöße dort trafen in Hannover nicht auf fruchtbaren Boden. Das Hesse-Gutachten sollte immerhin den Weg ebnen, aber CDU und FDP fehlte zum Schluss die Entschlussfreude an der Umsetzung. Seit 2013 regierte Rot-Grün, und dort setzte sich ein anderer Weg durch – anstelle einer Stärkung der Kommunen durch Fusionen wurde mit den „Landesbeauftragten“ eine Wiederentstehung kleiner Bezirksregierungen versucht. Der Zusammenschluss der Kreise Peine und Hildesheim, der vor Ort ernsthaft und zielstrebig vorbereitet worden war, ist verhindert worden – und die Fusion von Wolfenbüttel und Helmstedt scheiterte auch. In beiden Fällen wirkte die Landesregierung eher als

Bremser denn als Schrittmacher, wie man es eigentlich erwartet hätte. Wobei es aus der Umgebung von Innenminister Boris Pistorius heißt, die Fusion von Wolfenbüttel und Helmstedt sei nicht an ihm, sondern an der Widerborstigkeit der Landrätin Christiana Steinbrügge aus Wolfenbüttel gescheitert.

Als Schwarz-Gelb regierte, hieß es stets: Eine richtige Gebietsreform, dafür sei eine breite Mehrheit im Landtag, parteiübergreifend, erforderlich. Dazu fehle jedoch die Verständigung. Als Rot-Grün anschließend die Regierung stellte, sagte man: Ein solches Projekt ist doch mit einer Einstimmenmehrheit im Landtag nicht zu leisten. Jetzt gibt es seit bald zwei Jahren eine Große Koalition mit stattlicher Mehrheit im Parlament. Die Ausreden, warum man das Thema nicht angeht, überzeugen also nicht mehr. (kw)

Lesen Sie auch:

[Teil I der Serie: Vom Leitbild der Verwaltung entfernt sich die Realität in Niedersachsen immer stärker](#)

NOTIZEN

Sozialwissenschaftler attestiert der Union desaströsen Umgang mit Rezo-Video

Das Video „Die Zerstörung der CDU“ des Youtubers Rezo und die eigene Reaktion darauf beschäftigt die Union auch einen Monat nach der Europawahl intern immer noch. Auf einer Veranstaltung der Jungen Union (JU) Niedersachsen in Barsinghausen sagte der Sozialwissenschaftler Bendix Hügelmann von der Universität Hamburg unter dem Applaus der 60 JU-Mitglieder, das Krisenmanagement der CDU sei nach dem Video einfach desaströs gewesen. Es sei ihm ein Rätsel, wie das trotz einer so stark gewachsenen Struktur einer Institution wie dem Konrad-Adenauer-Haus habe passieren können. An die Adresse der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer sagte Hügelmann, es sei natürlich von der Meinungsfreiheit gedeckt, wenn jemand Fakten zusammentrage und sich vor eine Kamera setze. „Wenn einen das auf dem kaltem Fuß erwischt, ist das erst einmal nicht das Problem des Senders, sondern des Empfängers“, so Hügelmann. Dem Konrad-Adenauer-Haus sei eine jahrelange Untätigkeit krachend auf die Füße gefallen, weil es diesen Bereich nicht mit einer entsprechenden Professionalität behandelt habe. Dabei hätten Experte seit Jahren darauf hingewiesen, dass sich Kommunikation an solchen Stellen verändere. Die entscheidende Frage für die Union müsse derweil sein, warum die Position der Union in den unter anderem in sozialen Medien diskutierten generationenübergreifenden Themenkomplexen so wenig stattfinde. Der Höhenflug der Grünen muss Hügelmann zufolge allerdings auch nicht von Dauer sein. „Das größte politische Kapital

der Grünen ist derzeit die kognitive Dissonanz ihrer potenziellen Wähler. Sie sprechen etwas an, was sich in der Lebensrealität ihrer Wähler gar nicht wiederfindet“, meinte der Sozialwissenschaftler. Es sei auch leichter, aus 15 Jahren parlamentarischer Opposition heraus Themen zu setzen.

Die Parteien rief Hügelmann dazu auf, soziale Medien wie Instagram stärker und konstanter als bisher zu nutzen. Man könne dort Menschen direkt erreichen und schneller und einfacher mobilisieren. Das liege auch an den Veränderungen durch soziale Medien. „Der Berg an Reizen wird für Wähler und Konsumenten immer größer. Unser Gehirn kann das gar nicht mehr bewerkstelligen“, erklärte Hügelmann, der gerade an seiner Promotion zu politischer und digitaler Kommunikation arbeitet. Auf individueller Ebene werde deshalb immer mehr automatisch die einfache Lösung gewählt. „Das bedeutet: Der Anteil rationaler Entscheidungen sinkt.“

Lesen Sie auch:

[Interview mit Kerstin Gäfgen-Track: „Auch Influencer dürfen niemanden herabwürdigen“](#)

P UND P

Personen & Positionen

Werner Lübbe (64), Unternehmer für Hallen- und Industriebau aus dem Kreis Vechta, wurde mit 133 Ja- und drei Nein-Stimmen als Vorsitzender der CDU-Mittelstands- und -Wirtschaftsvereinigung (MIT) bestätigt. Stellvertretende Vorsitzende sind Holger Bormann (Wolfenbüttel), Hans-Dieter Klahren (Osnabrück), Peter Pfeiffer (Hildesheim) und Dietmar Reddig (Wedemark). Dieter Finke-Gröne (Melle) bleibt Schatzmeister. Die MIT hat 4700 Mitglieder, sie ist eine offizielle Vereinigung der CDU – ähnlich wie Junge Union oder Frauen-Union. Nicht zu verwechseln ist die MIT mit dem „Wirtschaftsrat der CDU“, der zwar die Partei im Namen trägt, gleichwohl ein von ihr unabhängiger Verein ist.

Matthias Karsch, Landesvorsitzender des Bundes deutscher Kriminalbeamter (BdK), hat die Landesregierung vor einem „ungeheuerlichen Vertrauensbruch“ gewarnt. Dies wäre der Fall, meint Karsch, wenn die Kostensteigerungen beim LKA-Neubau (der Rundblick berichtete darüber vergangene Woche) zu einer Absage des Projektes führten. 128 Millionen Euro sind bislang eingeplant, eigentlich sollte Baubeginn schon dieses Jahr sein. Im Vergabeverfahren fehlt offenbar eine Vielfalt an Konkurrenten, sodass in vorbereitenden Planungen jetzt von einem Bauvolumen von knapp 170 Millionen Euro die Rede ist. Das würde den Haushaltsansatz extrem überschreiten. Über Auswege wie eine zeitliche Streckung des Vorhabens oder das Abspecken von Teilplanungen wird nachgedacht.

Diskutiert wird aber auch, wie es heißt, dass das Vergabeverfahren abgebrochen wird. Dann käme als Variante nicht mehr die Vergabe an einen Generalunternehmer in Betracht, sondern die Betreuung des Vorhabens durch das staatliche Baumanagement, das beim Finanzministerium angesiedelt ist. Eigentlich sollte schon in diesem Jahr der Baubeginn sein, doch das wird wohl 2019 nicht mehr zu schaffen sein.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER



Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5784

CHEFREDAKTION

Dr. Klaus Wallbaum (Chefredakteur V.i.S.d.P.)
Martin Brüning (Chefredakteur Neue Medien,
Leiter Redaktionsmanagement)
Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (05 11) 13 22 29 59
redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
vertrieb@rundblick-niedersachsen.de

Bezugspreis 111,- Euro im Quartal,
Z.-Nr. H 2871,
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich